

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgebühren freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erfüllung des Bezugsgebühres. Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreise: Die sechsgepaltenen Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaltenen Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 51

Dienstag, den 29. April

1930

Die Entschließung

des deutschnationalen Parteivorstandes

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat am Schluß seiner Parteivorstandssitzung mit mehr als Überzweidrittelmehrheit des nahezu vollständig besetzten Vorstandes folgende Entschließung gefaßt:

Der Parteivorstand spricht dem Parteiführer Dr. Brüning und dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, seinen Dank für ihr unbeirrtes Festhalten an den auf dem Kasseler Parteitag und in der Parteivorstandssitzung vom 8. April aufgestellten Zielen und Richtlinien aus. Er hält es für selbstverständlich, daß sie die Führung von Partei und Fraktion keinesfalls vor Ablauf der Wahlzeit aufgeben. Ihrer Führung und dem geschlossenen Einhalten der Reichstagsfraktion für die Agrargesetze ist es zuzuschreiben, daß deren Vorlage und Annahme entgegen überstreudenden Seiten der Regierungsmehrheit noch vor Ostern durchgeführt wurde. Mit diesen Vorstufenmaßnahmen sind jedoch die Voraussetzungen für eine Rettung der Landwirtschaft noch nicht erfüllt. Mit dem Parteivorstand ist der Parteivorstand der Auffassung, daß eine endgültige Behebung der Notlage der Landwirtschaft, wie der Wirtschaft überhaupt, viel tiefer greifende und zum Teil andersartige Maßnahmen fordert.

Die vom Kabinett verkündete Kontinuität der Handelspolitik (polnischer Handelsvertrag, Genfer Vereinbarungen usw.) steht einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft ebenso im Wege wie die Fortdauer der marxistischen Vorberichterstattung in Preußen. Der Zustand, daß die Vollstreckungsmaßnahmen der öffentlichen Kassen, insbesondere der Preußenkasse, den Landwirten von Haus und Hof vertreiben, ist Selbstmord am eigenen Volke und muß vor allem anderen beseitigt werden.

Wir stehen in Opposition gegen dieses Kabinett, das ohne und gegen uns gebildet, zur Fortführung der bisherigen Politik und Handelsvertragspolitik entschlossen ist, und das auf dem Wege über Preußen immer noch mit der Sozialdemokratie verknüpft ist. Wir können keinerlei Verantwortung für seine Politik übernehmen. Diese Oppositionsstellung und die gegebene Lage verlangen unbedingte Zusammenarbeit von Partei und Fraktion und geschlossenes Auftreten bei den entscheidenden Parlamentsabstimmungen. Der Parteivorstand bedauert, daß im Gegensatz zu der einmütigen und erfolgreichen Haltung der Reichstagsfraktion vom 3. und 10. April eine Mehrheit der Reichstagsfraktion in den Generalsitzungen vom 12. und 14. April veranlaßt wurde die verantwortliche und berechtigte Sorge um die Not der Landwirtschaft, anders als die Führung gestimmt hat. Die Doppelung der Agrarmaßnahmen mit der Bewilligung der durch die Wirtschaft der Großen Koalition erforderlichen notwendigen Steuern war sachlich nicht begründet. Die Regierung war, auch wenn sie bei den Steuererlassen in der Minderheit blieb, durch ihre Erklärung und das Wort des Reichspräsidenten an die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft gebunden.

Nach den Schanungen legt der Parteivorstand die Richtlinien für die politische Gesamthaltung der Partei fest. Eine Unterbrechung des Kabinetts Brünings sowie die Nichtübernahme der Verantwortung für seine Maßnahmen entspricht der oben festgelegten Gesamthaltung der Partei nicht. Es bleibt dem Entschluß der Partei- und Fraktionsführung überlassen, in besonderen Ausnahmefällen eine abweichende Stellungnahme zuzulassen.

Der Dawesagent kehrt nach Amerika zurück.

Nachdem der zur Überleitung des Dawes-Paktes zum Young-Plan eingesezte Sonderauschuß in Paris getagt hat, dürfte die damit für Deutschland akut werdenden Verpflichtungen interessieren: Die vorgesezene Prüfung der Konten beim Generalagenten (für die Übergangszeit) ist bereits erfolgt und hat zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Im Augenblick der Betriebsöffnung der Kreditbank in Basel können also die Konten des Generalagenten sofort geschlossen und in Basel neu eröffnet werden. Die Aktien des Generalagenten werden, soweit sie für die B. S. Z. unentgeltlich sind, vernichtet. Während der Generalagent Parker selbst nach Amerika zurückgekehrt, wird mit dem Generalagenten des Generalagenten, Graf von der Welle, die Leitung der B. S. Z. gewechselt, ein Teil des Berliner Kassenpersonals von der Basler Kreditbank übernommen.

Für die Überleitung der Geschäfte des Generalagenten an die Kreditbank hat auf Kosten Deutschlands ein besonderer Fonds von 6 Millionen Mm. geschaffen werden müssen. Die künftigen Zahlungen Deutschlands müssen in Deuten geleistet werden, auch die für Sachlieferungen, wofür bei der Kreditbank ein besonderes Konto unterhalten werden muß. Die Überleitung selbst soll in dem Augenblick praktisch durchgeführt werden, sobald die noch durch England und Italien eingehende Ratifizierung des Young-Planes vollzogen ist.

In 15 Minuten über den Narmelkanal

Fritz v. Drel erklärte, daß er mit einem Katalanischen den englischen Kanal in 15 1/2 Minuten überfliegen würde. Der Zeitpunkt für den Flug ist noch nicht festgelegt worden, aber er wird noch in diesem Jahre ausgeführt werden.

Die Presse zur Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes

Das Ergebnis der Sitzung des Parteivorstandes der deutschnationalen Partei, das in einer Entschließung zusammengefaßt worden ist, hat in der gesamten Presse Widerhall gefunden und zu Kommentaren Anlaß gegeben.

Der Berliner Lokal-Anzeiger und der Tag geben aus der Vorstandsitzung ausführlich eine Erklärung des Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, wieder, in der Oberfohren über die Vorgänge vor der Abstimmung über die Steuer- und Agrargesetze berichtete. Dr. Oberfohren suchte damit zu beweisen, daß das Kabinett Brüning von den Deutschnationalen abhängig sei, wenn die Partei zusammenstehe. Er hob hervor, daß es ein unzulässiges Verdienst der deutschnationalen Reichstagsfraktion sei, noch vor der Osternpause entgegen aller Voraussicht die Agrargesetze innerhalb kürzester Frist der Landwirtschaft dazugeben zu haben. — Die Deutsche Zeitung schreibt u. a.: „Die Entschließung ist eine scharfe Abfrage der berufenen Vertreter der deutschnationalen Partei und Bewegung an diejenigen Abgeordneten, die den klaren Richtlinien der Partei und dem Willen der Führung zuwidergehandelt haben. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Entschließung des Parteivorstandes einem Vorschlage der Vertreter der Provinz Ostpreußen entkam, die ja unter den Agrar- und Ostnorden am stärksten leidet. Am wenigsten verdient es, daß nach den Erfahrungen der letzten Wochen die Gesamthaltung auch für die Fraktion scharfer als bisher festgelegt ist. Die Klärung der Verantwortungsfrage im Sinne der Führung war notwendig. Sie führt die Stellung Augenbergs gegenüber der Fraktion und wird ihm, so hoffen wir, die Möglichkeit geben, auf das Vertrauen der Partei gestellt, das für richtig Erkannte durchzuführen.“

In der Deutschen Tageszeitung schreibt Adermann u. a.: „Der Parteivorstand hat nicht ein Wort der Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit des Ministers Schiele gefunden. Das eine wie das andere wird draußen, in den Kreisen des und die nackte Existenz ringenden Volkvolkes, schwerlich besonderes Verständnis finden. Die weitere Entwicklung schon der nächsten Wochen wird die Reichstagsfraktion erneut vor Entschlüsse von entscheidender Bedeutung stellen.“ — In der Berliner Börsen-Zeitung heißt es u. a., die Entschließung müsse notwendigerweise zu neuen Konflikten zwischen dem Parteivorstand bzw. dem Parteivorstand und der Mehrheit der Reichstagsfraktion führen. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, es sei nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Fraktion sich dadurch zu einer feindseligen Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning bewegen lasse. Es sei anzunehmen, daß die Mehrheit der Fraktion in Kürze weitere Entscheidungen darüber fälle, wie sie sich zu der Entschließung des Parteivorstandes verhalte. — Die Germania bezeichnet als entscheidenden Satz der Entschließung, daß es den Beschlüssen der Partei- und Fraktionsführung überlassen bleibe, in besonderen Ausnahmefällen eine hiervon abweichende Stellungnahme zuzulassen. — Das Berliner Tageblatt schreibt u. a.: „Der Parteiführer begnügt sich mit dem theoretischen Siege, der in der Zustimmung zu seiner Politik liegt, und verzögert vorübergehend auf die ohne sofortige Sprengung der Partei nicht durchzuführende praktische Durchführung der Drohungen, die er und die ihm ergebenen Landesverbände ausgetrieben hatten.“

Geständnis in der Altonaer Bombenaffäre.

Altona. In der Altonaer Bombenaffäre hat der seit neun Monaten in Untersuchungshaft befindliche ehemalige „Polizeihauptmann“ Nicksel gestanden, gemeinsam mit einem Autohändler Wieberg aus einem Steinbruch bei Mühlheim an der Ruhr Dynamit gestohlen zu haben. Der Sprengstoff wurde im Auto von Mühlheim an der Ruhr nach Holstein gebracht und dort zur Herstellung der Sprengkörper benutzt. Dieses Geständnis Nicksels hat den Ulmarcher Reihing stark entsetzt, so daß sein Verteidiger einen neuen Haftprüfungstermin beantragt hat. Die noch im Berliner Untersuchungsgefängnis untergebracht gewesenen Verdächtigen Nicksel, Johnson, Heim, Reihing, Wolf und Rathjen sind nach Altona in das dortige Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Der Staatsanwalt hat das Belastungsmaterial gegen sie schon soweit zusammen, daß die Anklageerhebung demnächst erfolgen wird.

Eröffnung der Antwerpener Weltausstellung.

Brüssel. In Antwerpen fand die feierliche Eröffnung der Weltausstellung statt. Die königliche Familie, sämtliche Staatsbehörden, das Gesamtkabinett und das diplomatische Korps wohnten dem Festakte bei. Deutschland, das ursprünglich eine offizielle Beteiligung an der belgischen Jahreshundertausstellung abgelehnt hatte, hat sich noch in letzter Minute anders besonnen und als Staatskommissar den Geheimrat Mackensen ernannt. Die deutschen Hunselstädte Hamburg und Bremen hatten dagegen von vornherein ihre Beteiligung zugesagt.

Der Stahlhelm zum Reichsehrenmal.

Die Stahlhelmkorrespondenz beschäftigt sich mit dem Plan der Errichtung eines Reichsehrenmals auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz und sagt u. a. folgendes: Die Frontkämpferverbände, die seit Jahren für den Ehrenhain bei Berta eingetretten sind, halten nach wie vor an diesem Vorschlage zur Ehrung ihrer im Weltkrieg gefallenen Kameraden fest, und wissen, daß der Herr Reichspräsident in dieser Frage hinter ihnen steht. Der in der letzten Zeit in der Presse genannte, aus verschiedenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehende Reichsauschuß, der Berta abgelehnt habe, sei eine private Gründung, die für die Entgegung über die Frage des Reichsehrenmals keinerlei Kompetenzen habe.

Um dem Schaffensdrang der im Reichsauschuß mitwirkenden Mitglieder jedoch nicht im Wege zu sein, würden die deutschen Frontkämpfer bei der Ausgestaltung der Feste Ehrenbreitstein zu einem Festivalsaal am Rhein zustimmen, ohne allerdings die in der Denkschrift des erwähnten Ausschusses angeregte Bestimmung des militärischen Charakters dieses Bauwerks für notwendig oder gar wünschenswert zu halten.

Das Fiasco der englischen Mandatsverwaltung auf Samoa.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft teilt mit: „Wenn die Neuseeländische Mandatsverwaltung auf Samoa die Grundzüge und Methoden der deutschen Verwaltung befolgt hätte, dann wären die Samoaner heute glücklich und zufrieden, und 80 oder 90 v. H. von ihnen würden nicht die Ankunft ihrer neuseeländischen Vertreter von dem angeblichen deutschen Joch verfluchen.“ So schreibt nicht ein deutsches Blatt, sondern der in Auckland auf Neuseeland erscheinende „Samoa Guardian“ in einem Artikel „Deutschland in Samoa“, der die deutschen Verwaltungsmethoden der gegenwärtigen Mandatsverwaltung gegenüberstellt.

Das Blatt schließt mit der Feststellung: „Statt die erfolgreiche Methode der Deutschen nachzuahmen, glaubte die neuseeländische Verwaltung es besser machen zu können und — erlitt ein völliges Fiasco.“

Offizielle Eröffnung der Feuerfchukwoche.

Unter Teilnahme der Reichs- und Staatsbehörden. Die Feuerfchukwoche wurde in den Kammerkutschspielen zu Berlin feierlich eröffnet. Der Berliner Oberbranddirektor Gemp hielt die Begrüßungsansprache, in der er der Bedeutung der Feuerfchukwoche gedachte, seiner Freude über die Teilnahme zahlreicher Behörden und Organisationen Ausdruck gab und die Vertreter der Reichs- und Staatsministerien, der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, des Städtetages sowie von Organisationen und Verbänden willkommen hieß.

Sodann eröffnete die Feuerfchukwoche der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Samel. Für das Preussische Ministerium des Innern sprach Oberregierungsrat Dr. Kerstiens, für das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt, Oberregierungsrat und Bauart Sachlitz, den Verband der deutschen Berufsvereinigungen vertrat Dr. Rower, die Hausfrauenorganisationen Deutschlands Frau Hildegard Wargis, ferner hob die große allgemeine Bedeutung der Feuerfchukwoche der Vorsitzende des Zentralvereines der Schornsteinfegermeister des Deutschen Reiches, Stadtrat Scholz, Rektor Hauser für die Deutsche Verkehrswoche und Oberbrandinspektor Stapusch als Vorstandsmitglied des Deutschen Feuerwehrverbandes hervor.

Dampferzusammenstoß auf der Nidreie.

Amerikanischer Ozeanreise rammt englischen Kohlen dampfer. Hamburg. Auf der Unterelbe ereignete sich ein schwerer Seeunfall. Der Dampfer „President Harding“ von der United States Line stieß mit dem englischen Kohlen dampfer „Kirkwood“ zusammen. Die „Kirkwood“ sank kurze Zeit nach dem Unfall, die Besatzung wurde von der „President Harding“ an Bord genommen. Der Überlebensdampfer „President Harding“ ist eins der schnellsten Schiffe der amerikanischen Passagierflotte und hat einen Bruttogehalt von 13 800 Tonnen. Er ist 1921 in Amerika gebaut. „President Harding“ war nicht sehr stark besetzt und soll nur etwa 150 Passagiere an Bord gehabt haben. Der englische Dampfer „Kirkwood“ ist 1874 Brutto registriert worden und im Jahre 1911 gebaut.

Der Zusammenstoß ereignete sich in der Nähe des Feuer schiffes „Elbe 1“. Obwohl beide Schiffe wegen des unsichtigen Wetters nur langsame Fahrt machten, wurde die „Kirkwood“ mit solcher Gewalt getroffen, daß sie in kurzer Zeit vollst und unterging.

Die Besatzung von etwa 15 Mann wurde von den Boaten der „President Harding“ aufgenommen und an Bord des Amerikaners gebracht. Nach dem Zusammenstoß ging die „President Harding“ wegen des immer unsichtiger werdenden Wetters in der Nähe des Feuer schiffes „Elbe 1“ vorübergehend vor Anker.